

PSAG Friedrichshain-Kreuzberg

1. Welchen (Stellen)Wert messen Sie dem Öffentlichen(Beschäftigung)S(ektor) bei?

Ziel der SPD ist es möglichst allen Menschen eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dazu wollen wir eine enge Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Struktur- und Bildungspolitik. Wir wollen die Jobcenter reformieren, damit sie diese Aufgabe bürgernäher, effizienter und unbürokratischer erfüllen können. Gemeinsam mit der Arbeitsagentur werden wir ein Modellprojekt für Muster-Jobcenter in einigen Bezirken aufstellen. Hier sollen die Jobcenter in die Kieze verlagert werden („Kiez-Jobcenter“). Modellhaft wird Bürokratie abgebaut und persönliche Betreuung sichergestellt. Der Betreuungsschlüssel zwischen Vermittlern und Arbeitslosen wird verbessert.

Wir wissen aber, dass sinnvolle öffentliche Beschäftigung weiter nötig ist, um Wege in Beschäftigung zu eröffnen. Auch künftig wird der zweite Arbeitsmarkt eine feste Säule der Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik sein. Deshalb hat der Senat Anfang Mai auch die Fortsetzung des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) beschlossen. Damit wird dem ÖBS, über den Langzeitarbeitslose gesellschaftlich nützliche Jobs im kulturellen und Sozialbereich erhalten, für die nächsten Jahre auf ein sicheres Fundament gestellt. Es sollen 5.000 Arbeitsplätze sichergestellt werden. Das Land Berlin steuert zu den Mitteln der Bürgerarbeit bis zu 16,4 Mio. Euro pro Jahr bei, trotz nach wie vor angespannter Haushaltslage. Trotzdem darf nicht vergessen werden, dass der ÖBS relativ teuer ist und nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Betroffenen erreicht.

2. Nicht wenige Menschen haben geringe bis keine Chancen auf einen Zugang zum 1. Arbeitsmarkt (u. A. psychisch Kranke, Abhängigkeitskranke). Wie stellen Sie sich zu öffentlich geförderten Arbeits-/Beschäftigungsmaßnahmen, zur Verrentung mit begleitender -geförderter- Arbeit/Zuverdienst/sonstigen -zeitstrukturierenden- Beschäftigungsmöglichkeiten (analog der früheren GzA); GzA/HzA war früher (BSHG) im Sozialamt angesiedelt, der Zugang dazu unkompliziert: können Sie sich eine Erneuerung dieser Form vorstellen?

Es gibt bereits heute eine Vielzahl von Instrumenten für die Beschäftigungsförderung von Menschen mit Vermittlungshemmnissen. Die Jobcenter sollen auch ergänzende kommunale Leistungen wie Suchtberatung und psychosoziale Hilfen vermitteln. Genau darin besteht die Idee der Zusammenfassung des kommunalen Sozialamtes mit den Arbeitsagenturen. Wir wollen daran arbeiten, dass das noch besser zusammenwirkt. Zu den alten Strukturen des BSHG wollen wir nicht zurück. Auch damals war die Instrumentenfülle eher unübersichtlich. Was wir brauchen, sind vielmehr flexible Arbeitsförderinstrumente, die von den Kiez-Jobcentern für den jeweiligen Einzelfall kompetent genutzt werden können.

3. Die Mittel für MAE und andere Beschäftigungsformen wurden um bis zu 30% gekürzt, mit entsprechenden Folgen für die darauf Angewiesenen. Können Sie sich eine Erhöhung der Mittel vorstellen, um mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen?

Die drastischen Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die die Bundesregierung beschlossen hat, lehnt die SPD ab. Die Kürzungen summieren sich alleine in Berlin auf ca. 200 Millionen Euro. Hinzu kommt eine Verlagerung der Schwerpunktsetzungen; d.h. 70 Prozent der Förderung gehen zukünftig in die Förderung der „marktnahen“ Kunden und nur noch 30 Prozent in die Förderung des „marktfernen“ Klientels.

Trotz des erfreulichen Trends sinkender Arbeitslosenzahlen gibt es immer noch sehr viele Menschen, die auf beschäftigungsfördernde Maßnahmen angewiesen sind. Die Kürzungen müssen auf Bundesebene zurückgenommen werden. Eine Erhöhung der Mittel ist nicht nur vorstellbar, sondern für uns unverzichtbar. Aus dem Berliner Landeshaushalt können die Kürzungen auf Bundesebene nicht kompensiert werden. Berlin finanziert schon den ÖBS mit erheblichen eigenen Mitteln.

4. Projekte und Anspruchsberechtigte beklagen sich über verzögerte/ausbleibende Mittelzusagen; oft ist die notwendige Fortsetzung gefährdet, bzw. nicht realisierbar. Zudem muss (Fach)Personal entlassen werden. Welche Vorstellungen haben Sie zur Behebung des Misstands?

Hier ist natürlich zu unterscheiden: Arbeitsmarktprojekte und Beschäftigungsmaßnahmen sind grundsätzlich befristet. Darauf müssen sich Träger einstellen und könnten nicht automatisch von einer Verlängerung ausgehen. Sollen Projekte dauerhaft sein, dann müssen sie in den Regelhaushalt des Bezirks oder der zuständigen Senatsverwaltung überführt werden. Verzögerungen bei Bewilligungen wollen wir im Rahmen unseres Projektes zur Reform der Jobcenter beheben. Ihre Arbeit soll unbürokratischer, bürgernäher und effizienter werden. Gegenwärtig ist das Problem ausbleibender Mittelzusagen aber vor allem in den schon erwähnten drastischen Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik begründet. Diese Kürzungen müssen zurückgenommen werden.

5. Ist eine Finanzierung von Arbeitsplätzen (z. B. Zuverdienst) für Menschen mit einer psychischen oder Abhängigkeitserkrankung über das persönliche Budget denkbar ?

Das persönliche Budget ist für Menschen mit Behinderung eine Unterstützung zur Ermöglichung ihrer Teilnahme z.B. auch an der Arbeitswelt. Das ist ein sehr sinnvolles Instrument, aber für die Betroffenen auch eine hohe Verantwortung. Denn es muss von den Betroffenen organisiert und verantwortet werden. Daher ist die Frage zu klären, ob Menschen mit psychischen oder Abhängigkeitserkrankungen persönlich dieses organisieren können. Vorrangiges Ziel war bisher, dass sie von ihrer Suchterkrankung wegkommen, um dann wieder ihre Arbeitskraft zu erlangen. Dies ist ein anderer Ansatz als bei den Menschen mit Behinderung, die eine Unterstützung brauchen, um überhaupt an der Arbeitswelt teilzunehmen. Unseres Erachtens braucht es dazu noch einer weiteren fachlichen Diskussion. Bei Entscheidungen in dieser Frage sind zudem Bundeszuständigkeiten berührt.

Die SPD kann sich aber in Berlin ein Modellprojekt vorstellen, um zu testen, ob und wie es möglich wäre. Denn die Anzahl der suchterkrankten Menschen in unserer Stadt ist leider hoch und steigt weiter an. Oft sind es Menschen, die den komplexen Anforderungen in der Arbeitswelt nicht mehr Schritt halten können.